

Die Wohnungsnot.

Von

Dr. Margarete Hoffmann,
städt. Wohnungsspektorin.

Die Wohnungsfrage ist durch das Zurückfluten der Kriegsteilnehmer in die mit Rüstungsindustriearbeitern und anderem Zuzug vollgelegenen Großstädte zu einer der brennendsten geworden. Die Wohnungsbeschaffung für viele der kriegsgekränkten Paare und für Bediener, ferner die sittlich bedingte Notwendigkeit einer Wohnungserweiterung für die Familien, deren Kinder inzwischen herangewachsen, führen die Großstädte zu allen erdenklichen Maßnahmen im Kampfe gegen die Wohnungsnot.

Kommunale Wohnungsnachweise sind geschaffen, die An- und Abmeldepflicht der Hausbesitzer konstatiert, was aber noch in weitem Umfange fehlt, das ist die Mitarbeit der Allgemeinheit, vornehmlich, wie es scheint, aus dem Grunde, weil das Bewußtsein der Not gerade in die in Frage kommenden Kreise noch nicht eingebracht ist. Es ist ein tägliches Erlebnis, daß von Wohnung suchenden das Bestehen einer Wohnungsnot schroff verneint wird, gewöhnlich aus Grund der Tatsache, daß irgendeine verwahrloste Keller- oder Dachwohnung seit längerer Zeit leer steht. Daher erweist es sich immer wieder als notwendig, die Frage zu beantworten: Besteht eine Wohnungsnot? In dem Sinne, daß es unmöglich wäre, irgend jemand ein Dach über dem Kopfe nachzuweisen, noch nicht, wohl aber in dem Sinne, daß es an geeigneten Wohnungen fehlt, an solchen, die kulturell gehobenen Anforderungen entsprechen. Wäre der erst erwähnte Zustand bereits praktisch, dann könnte man stiller Weise nicht mehr von einer Not sprechen, dann hätten wir die Katastrophe, die zu vermeiden doch gerade Aufgabe der zuständigen Stellen ist.

Wenn wir heute in Berlin von einer Obdachlosigkeit noch nicht reden können und eine Zwangsrationierung der Wohnfläche bisher nicht erforderlich geworden ist, so drückt sich hierin ein Erfolg der bisher getroffenen Maßnahmen aus. Bekanntlich gewährte das Wohnungsamt der Stadt Berlin seit Oktober 1918 Zuschüsse zur Wahrungsmöglichkeit leerstehender, abgewohnter Wohnungen, ferner zur Herstellung der Beleuchtungsanlage usw. aus den Gesichtspunkten heraus, nicht nur Unterbringungsmöglichkeiten, sondern Wohnstätten zu schaffen, die ihren Inhabern Behagen sichern und die Grundbedingung physischer und psychischer Gesundheit sind.

Durch diese Möglichkeit — unter Zuhilfenahme städtischer Zuschüsse — wohnreife Wohnungen, wie der technische Ausdruck lautet, herzustellen, ist für die Ansprüche der Wohnungsuchenden eine Norm geschaffen worden — nicht wohnreife gemachte Wohnungen werden abgelehnt — und so ein erzielbares Moment zur Geltung gekommen, was um so höher einzuschätzen ist, als es sich nicht um eine provisorische Wohnungsbeschaffung handelt, denn bis zur Wohnungsmarktwirtschaft einen in die Waagschale fallenden Zuwachs durch Herbeiführung von Wohnungen erfahren wird, darüber werden einige Jahre vergehen.

Während des Krieges mußte mit Gegebenem gerechnet werden; durch das Hindenburgprogramm war die Frauenarbeit aus dem Hause heraus in die Fabriken verlegt worden, das Hauptfordernis im Kriege also die Schaffung von Wohnungsergänzungen: Sorten, Kindergärten und Krippen gewesen; die Sorge für die Wohnungen selbst war völlig in den Hintergrund getreten. Die kommende Zeit wird eine Aufhebung der im Kriege praktisch gewordenen Dezentralisation der Familienbande bringen, die Hausfrau und Mutter ihrem eigentlichen Hauptberuf wiedergeben und in ihr den Kristallisationspunkt für den Wiederaufbau der Familie schaffen; in diesem Zusammenhang wendet sich heute das Hauptinteresse der Wohnungsreform zu.

Kultur haben heißt: veredelte Bedürfnisse haben. — als das Ergebnis jahrelanger Erziehungsarbeit melden sich heute in breiten Schichten Wünsche hinsichtlich der Gestaltung der künftigen Bauweise. Das Ideal bleibt das Einfamilienhaus, in abgeklärter Form das Mehrfamilienhaus mit unmittelbarem Anteil am Boden, als feste Wurzelstätte in der heimatlichen Erde. Unbestritten wird der Flachbau in Zukunft eine größere Rolle spielen, als er es bis her tat, zumal bei Zurverfügungstellung billigen kalkalischen oder kommunalen Siedlungslandes. Durch diese Siedlungsart werden indessen die Schätungsweise für Berlin als fehlend angegebenen 60 000 Wohnungen nicht geschaffen werden können, allein unter Geltung der Tatsache, daß Siedlungspolitik und Verkehrspolitik stammsche Zwillinge sind, deren naturwunderliche Verbindung in offenkundiger Zukunft für die Umgestaltung der Großstädte in weitem Umfange kaum praktisch werden dürfte. Vornehmlich wird aber auch aus Gründen der Rentabilität neben der gemeinnützigen Bauweise, dem Flachbau, der Hochbau das Feld behaupten.

Welche Anforderungen werden nun an die neuen Stagenwohnungen gestellt? Jede soll abgeschlossen für sich bestehen, die gemeinschaftlichen Korridore der Mietskasernen von heute müssen wegfallen. Die Küchen, d. h. die Wohnstuben im Arbeiterhaushalt, sollen ihrer Bestimmung gemäß ausgestaltet, jede Wohnfläche mit einer kleinen hellen Kammer — dem Werkstattraum der Heimarbeit verrichtenden Frau — verbunden werden. Diese Forderung ist eine der

Man zwingen dazu, die Kinder der Heimatdörfer auf die Straße zu drängen, da für sie die Möglichkeit, Aufnahme in Sorten oder Kindergärten zu finden, bisher nicht in gleichem Maße bestanden hat wie für die Kinder außerhäuslich tätiger Mütter. Zur Durchführung der Geschlechtertrennung muß die Zahl der Schlafplätze vermehrt werden, was durch Ausstattung der Kleinwohnungen mit Kammern zu erreichen ist. Spielplätze in der Nähe der Wohnungen lassen sich ohne große Kosten durch Pachten von Baumplätzen anlegen. Durch ihre Abperrung von der Straße bieten diese an sich Schutz für die Kinder gegen äußere Gefahren, den inneren könnte durch Anstellung einer Kindergärtnerin für jeden Spielplatz, deren Aufgabe es wäre, Spiele zur Beschäftigung der Kinder zu veranstalten, vorgebeugt werden.

Indessen — die heutige Zeit verlangt den Mut zur Wahrheit — sei gesagt, daß die Vermehrung des Angebots auf dem Wohnungsmarkt durch Neubauten — also die Erfüllung der gestellten Forderungen — abhängig bleibt von der Behebung des Rohstoffmangels und einer Stabilisierung unseres gesamten Wirtschaftslebens. Wann dieser Zustand praktisch worden wird, läßt sich nicht vorhersehen, wir kennen die Friedensbedingungen noch nicht. Eine Zukunft bleibt aber auch heute, um abstellbare Schäden zu beseitigen — das städtische Wohnungsamt — das für Wünsche der Mieter wie der Vermieter ein gleich williges Ohr besitzt und als unparteiische Instanz nicht nur zu vermitteln bereit, sondern durch ausreichende Geldmittel zur Beseitigung von Schäden auch in der Lage ist.